

Allgemeine Anträge

Antrag: A 35

Beschluss des Landesparteitages: Ablehnung

Thema: 100 % erneuerbare Energien sind möglich und nötig!

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Jusos Sachsen fordern die sächsische SPD auf, die energetische Zukunft Sachsens nachhaltig und ökologisch zu gestalten. Wir fordern 100 % erneuerbare Energien für Sachsen.

Die regierenden Parteien aus CDU/ FDP besitzen weder den Mut, noch den politischen Willen die sächsische Energiepolitik zu reformieren und „zukunftsfähig“ zu machen.

Aus diesem Grund fordern wir, Jusos Sachsen, den Landesparteitag der sächsischen SPD auf, ein deutlich ökologischeres und energiepolitisch nachhaltigeres Profil zu geben.

Nach zahlreichen enttäuschenden internationalen Klimakonferenzen muss unser Land, wie so oft, selbst voran gehen und seine Möglichkeiten nutzen. Die Frage der erneuerbaren Energien kann auch ohne internationale Verhandlungen durch Innovation und einem Angebot für alle zu 100 % umgesetzt werden. Die Sozialdemokratie muss mutigen Schrittes vorangehen!

Einsparen in Zeiten klammer Haushaltskassen ist zu relativieren, denn wir dürfen nicht an den falschen Stellen sparen. Dies kommt uns sonst zu späterem Zeitpunkt deutlich teurer zu stehen. Die suggerierte Angst vor den Kosten ist gerade in Sachsen verleumderisch. Sachsen besitzt hervorragende Industrieunternehmen zur Produktion von Solarzellen und Windkraftanlagen. Die Staatsregierung hat selbst schon die in diesem Sektor entstandenen Arbeitsplätze verdeutlicht und auf die potentiellen Zuwächse verwiesen. Nun gilt es diesen Wirtschaftszweig in Sachsen noch fester zu verankern und somit neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Bei Zukunftstechniken eine Vorreiterrolle einzunehmen, lohnt sich immer. Aus diesem Grund muss Sachsen bundesweites Vorbild werden!

Die Einspeisevergütungen für Solar- und Windstrom dürfen der schwarz-gelben Bundesregierung nicht zum Opfer fallen. Der Koalitionsvertrag der CDU-FDP in Sachsen besagt, „Wir unterstützen die Errichtung von Solaranlagen auf insgesamt 20.000 qm Dachfläche öffentlicher Gebäude und vermarkten diese Möglichkeit öffentlichkeitswirksam.“ Diese angestrebte Dachflächennutzung bildet nur ein Minimum des Möglichen ab und ist nichts weiter als eine Marketingaktion. Die klare Forderung muss die Nutzung aller solargeeigneter öffentlicher Dachflächen sein. Unter Betrachtung aller Wohngebäude sind in etwa 60 % für eine Nutzung von Solarenergie geeignet. Das bedeutet

Allgemeine Anträge

50 allein für die Stadt Chemnitz, bei etwas mehr als 30.000 erfassten Wohngebäuden, ca. 1,7
51 Mio m² solargeeignete Dachfläche. (Quelle Klimaschutzbericht der Stadt Chemnitz)

52
53 Neue Kohle- oder Erdgaskraftwerke zu errichten, ist eine volkswirtschaftliche
54 Fehlinvestition. Die CO₂-Abscheidung und unterirdische Einlagerung (CCS) soll hohe CO₂-
55 Emissionen in die Atmosphäre verhindern und die Braunkohle klimaverträglicher machen.
56 Dies bringt neue Probleme mit sich und ist Augenwischerei, denn die Lagerung von CO₂ im
57 Untergrund ist nicht ungefährlich. Zu wenig sind die Auswirkungen dazu erforscht.
58 Zusätzlich dazu benötigt die CO₂-Abscheidung sehr viel Energie, was unweigerlich den
59 Wirkungsgrad des Kraftwerks herabsetzt. Dies hätte zur Folge, dass noch mehr Kohle
60 verbrannt werden müsste. Dadurch würde der Strompreis unweigerlich steigen. Für das
61 abgetrennte CO₂ gibt es in Deutschland keine ausreichenden Speicher und die Betreiber der
62 Kraftwerke wollen mitunter nur für 10 Jahre eine Garantie übernehmen. Selbst eine
63 Garantieübernahme für einige Jahrzehnte und Instandhaltung der Anlagen in dieser Zeit
64 bedeutet, dass am Ende wieder der Steuerzahler belastet wird. Mit welchen Kosten dies
65 verbunden sein kann sehen wir schon am Beispiel der Atomendlagerfrage. Allein für das
66 Endlager „Asse“ wird der deutsche Steuerzahler mit 4.Mrd Euro aufkommen müssen. Wir
67 sollten ein solches Risiko nicht ein zweites Mal eingehen. Ein weiteres Problem wäre der
68 verdoppelte Verbrauch an Frischwasser. Laut der Australischen National Water Commission
69 verbraucht ein Kraftwerk mit CO₂-Abscheidung ein Viertel bis ein Drittel mehr Frischwasser
70 als ein Kohlekraftwerk ohne CCS Technik. Entsprechend den Klimaprognosen wird aber
71 gerade das Wasser in den kommenden Jahren immer knapper werden. Eine Möglichkeit den
72 Wettbewerb realistischer zu gestalten wäre die Förderabgabe entsprechend dem
73 Bundesbergbaugesetz anzusetzen. Da dies in Sachsen bisher nicht der Fall ist, fordern wir
74 eine progressiv ansteigende Förderabgabe, die bis zu 10 % des Marktwertes für Braunkohle
75 anzusteigen soll. Sachsen erhebt bisher keine Förderabgabe, obwohl dies dem Freistaat
76 zusteht. Bei einem niedrigen Preis von 10 Euro je Tonne beläuft sich die Höhe der indirekten
77 Subvention in Sachsen auf ca. 30 Millionen Euro! Beziehungsweise subventioniert schwarz-
78 gelb somit jeden Braunkohle-Arbeitsplatz mit 17.000 € im Jahr. Braunkohle ins Museum! Die
79 durch die Fokussierung auf erneuerbare Energien wegfallenden Arbeitsplätze in den
80 Tagebauten und Weiterverarbeitungsstätten können ohne Probleme im wachsenden
81 Wirtschaftszweig der erneuerbaren Energien aufgefangen werden.

82
83 Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag ist ein Anteil erneuerbarer Energien am
84 Bruttostromverbrauch in Sachsen bis 2020 auf von 24 % vorgesehen. Dies ist ein
85 ehrgeizloser Plan der Regierung. Allein durch die derzeitige Entwicklung, unter
86 Berücksichtigung einer möglichen Abschwächung, würde dieser Wert klar überschritten.
87 Schwarz-gelb kann und will es nicht. Wir können und wollen es. 100 % erneuerbare Energien
88 bis 2040 sind absolut möglich. Dieses Ziel zu erreichen ist auch schneller realistisch, nur
89 dürfte der politische Wille von schwarz-gelb für die nächsten fünf Jahre kaum zu bewegen
90 sein.

91
92 Der Koalitionsvertrag sieht in begrenztem Maße Neubau und Sanierung staatlicher
93 Gebäude vor. Der Freistaat muss sich ambitionierte Ziele setzen und auch den Kommunen
94 helfen, denn diese können die Energiewende nicht allein finanzieren. Dafür gilt es
95 Förderprogramme zu schaffen und bestehende auszubauen. Das Ziel kann an dieser Stelle
96 nur der Neubau aber auch vor allem die Sanierung aller öffentlichen Gebäude unter
97 umwelt- und energietechnischen Aspekten sein. Die Fragen der Energieeffizienz dürfen
98 nicht nur angeschnitten und halbherzig erwähnt werden. Ohne Erhöhung der
99 gesamtwirtschaftlichen Energieeffizienz gelangen wir in eine Sackgasse. Die

Allgemeine Anträge

100 Energieeinsparung ist der Schlüssel für weitere Innovation und Fortschritt. In der
101 Betrachtung der Einsparmöglichkeiten im Privaten sowie in der Industrie liegen gewaltige
102 Potentiale um den steigenden Energiebedarf der Gesellschaft kompensieren. Wir stellen
103 daher das gesamtgesellschaftliche Ziel, die Energieeffizienz um 30 % bis zum Jahre 2025 zu
104 steigern. Dafür fordern wir auf Bundesebene die Einführung des „Top Runner“ Ansatzes, d.
105 h. das energieeffizienteste Gerät einer Produktkategorie wird innerhalb eines Jahres zum
106 Standart erklärt, den alle Konkurrenzprodukte erreichen müssen.

107

108

109

Votum: mehrheitlich abgelehnt